



Senat 2

Der Presserat ist ein Verein, der sich für verantwortungsvollen Journalismus einsetzt und dem die wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs angehören. Die Mitglieder der Senate des Presserats sind weisungsfrei und unabhängig. Die Medieninhaberin der „Badener Zeitung“ hat die Schiedsgerichtbarkeit des Presserats anerkannt.

Wien, 22.09.2026

CR Rainer Dietz
Badener Zeitungsverlag GmbH
Per E-Mail

Sehr geehrter Herr Chefredakteur Dietz,

Der Senat 2 des Presserats befasste sich aufgrund einer Mitteilung einer Leserin mit dem Artikel „Stromkosten und das Klima“, erschienen am 13.11.2025 in der „Badener Zeitung“.

Im Artikel geht es um einen „FPÖ“-Informationsabend im Badener Kolpinghaus zum Thema Stromkosten und Klima. „FP“-Stadtparteiobmann Gottfried Forsthuber habe mit seinem Vortrag „Energiewende in Österreich – hohe Kosten, geringe Kontrolle“ aufgezeigt, dass die sogenannte Energiewende längst zu einem milliardenteuren Systemumbau geworden sei – mit massiven Folgen für Konsumenten, Eigentum und Datenschutz.

Allein die geplanten Investitionen in die Stromnetze bis 2040 sollen laut offiziellen Berechnungen mehr als 50 Milliarden Euro betragen. Diese Summe werde letztlich auf die

Stromrechnung der Bürger umgelegt. Schon jetzt bestehe mehr als die Hälfte der Stromkosten aus Steuern, Abgaben und Netzentgelten.

Im zweiten Teil des Abends habe der Grazer Physiker Bernhard Strehl über die naturwissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels gesprochen. Er habe argumentiert, dass sich das Klima in regelmäßigen Zyklen verändert und viele Einflussfaktoren – etwa die globale Wolkenbedeckung, die kosmische Höhenstrahlung und die Sonnenaktivität – in der heutigen Klimaforschung zu wenig berücksichtigt würden. Den CO₂-Effekt bezeichne Strehl als physikalisch stabilen Mechanismus, der in der öffentlichen Debatte häufig überzeichnet werde. Anhand wissenschaftlicher Modelle, etwa der „Milankovic-Zyklen“ und Sonnenaktivität, habe Strehl die langfristigen Klimaschwankungen der Erde erklärt. Er plädiere dafür, physikalische Zusammenhänge stärker in die politische Diskussion einzubeziehen und warne vor einer Verpolitisierung der Wissenschaft.

Eine Leserin kritisiert, dass in einem redaktionellen Artikel Meinungen der „FPÖ“ zum Thema Strom, Energie und Klima ohne journalistische Einordnung übernommen werde. Der im Artikel genannte Physiker Bernhard Strehl werde unhinterfragt als Experte zum Klimawandel zitiert.

Im vorliegenden Fall hat der Senat beschlossen, kein Verfahren einzuleiten. Dennoch weist er auf die Kritik der Leserin an der Berichterstattung hin.

Im Sinne einer gewissenhaften und korrekten Recherche und Wiedergabe von Nachrichten (Punkt 2.1 des Ehrenkodex für die österreichische Presse) sollten möglichst unterschiedliche Sichtweisen zu einem Sachverhalt berücksichtigt werden. Hier wurde offenbar schlicht eine Presseausendung von der „FPÖ-Baden“ übernommen.

Aus medienethischer Sicht wäre es wünschenswert gewesen, auch die Position von Politikern einer anderen Partei oder weitere Fachleute zu zitieren bzw. die Informationen der Vortragenden, darunter ein umstrittener Klimawandel-Kritiker, mit entsprechender journalistischer Distanz einzuordnen.

Der Senat ruft außerdem seine bisherige Entscheidungspraxis in Erinnerung, wonach die bloße Übernahme von Inhalten aus Presseaussendungen entsprechend gekennzeichnet werden sollte. Vor diesem Hintergrund fordert Sie der Senat dazu auf, über politische Aktivitäten von Parteien künftig ausgewogener zu berichten.

Dieser Brief wird auf der Webseite des Presserats veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Alexander Warzilek, GF